

MEDIENMAPPE

MEDIENKONFERENZ JUNGPARTEIEN

**NEIN ZU EINER 13. AHV-RENTE
AUF DEM BUCKEL DER JUNGEN!**
15. JANUAR 2024, 10:00 UHR
WELLE 7 WORKSPACE

Es referieren:

Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Marc Rüdüsüli, Präsident Die Junge Mitte Schweiz

Diego Baratti, Präsident Junge SVP Tessin

Jeremy Borel, Vize-Präsident Junge GLP Schweiz

Auskünfte

MARC RÜDISÜLI

Präsident Die Junge Mitte Schweiz

✉ marc.ruedisueli@diejungemitte.ch

☎ +41 76 564 27 26

MATTHIAS MÜLLER

Präsident Jungfreisinnige Schweiz

✉ matthias.mueller@jungfreisinnige.ch

☎ +41 79 839 64 04

DIEGO BARATTI

Präsident Junge SVP Tessin

✉ baratti@jsvp.ch

+41 76 682 85 02

JEREMY BOREL

Vize-Präsident Junge GLP Schweiz

✉ jeremy.borel@jpvf.ch

☎ +41 78 649 86 44

Sperrfrist: 15. Januar 2024, 11:00 Uhr

NEIN ZU EINER 13. AHV-RENTE AUF DEM BUCKEL DER JUNGEN!

Jungfreisinn, Die Junge Mitte, Junge SVP und Junge GLP haben heute an einer Medienkonferenz aufgezeigt, warum es ein Nein zur Initiative für eine 13. AHV-Rente braucht. Die Initiative ist teuer, ungezielt und nicht generationengerecht; vielmehr braucht es zielgerichtete Lösungen, um die Renten dort zu verbessern, wo es notwendig ist.

Eine Allianz aus vier Jungparteien (Jungfreisinn, Die Junge Mitte, Junge SVP, Junge GLP) hat sich heute an ihrer Medienkonferenz in Bern für ein Nein zur Initiative für eine 13. AHV-Rente auf dem Buckel der Jungen stark gemacht. Die Initiative ist teuer, ungezielt und nicht generationengerecht. Die damit verbundenen Folgekosten belaufen sich auf mehrere Milliarden pro Jahr, welche die Erwerbstätigen und Konsumenten über höhere Lohnbeiträge und durch eine höhere Mehrwertsteuer bezahlen müssten. Die ohnehin angespannte finanzielle Situation der AHV würde sich weiter verschärfen. «Der demografische Wandel stellt die AHV auf eine harte Probe. Die Finanzierung der AHV ist schon heute arg in Gefahr. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger», sagt Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz.

Die Initiative begünstigt zudem die finanziell besser gestellten Rentnerinnen und Rentner. Wer heute bereits eine hohe Rente erzielt, würde künftig einen höheren Zuschlag erhalten. Es würden also vor allem diejenigen profitieren, die gar nicht auf das zusätzliche Geld angewiesen sind. «Das kann doch nicht das Ziel sein! Das ist unfair, sozial nicht vertretbar und schlicht keine generationengerechte Politik. Wieso sollen die jungen Familien dem Millionär eine 13. AHV-Rente finanzieren? Wir brauchen keine Verteilung zusätzlicher AHV-Gelder nach dem Giesskannenprinzip. Investieren wir das Geld lieber gezielt dort, wo es wirklich nötig ist, und stellen sicher, dass auch noch für die Pensionierten der Zukunft genügend Mittel zur Verfügung stehen», betont Marc Rüdösli, Präsident Die Junge Mitte Schweiz.

Die Allianz der Jungparteien warnt vor den enormen Kosten, welche die Initiative mit sich bringen würde. Diego Baratti, Präsident der Jungen SVP Tessin, erklärt: «Wir alle, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und insbesondere die junge Generation und die Familien, werden für den Ausbau aufkommen müssen. Aber die höchsten Kosten, die unsere Generation zu zahlen riskiert, sind die, dass die AHV ganz verschwindet. Die Stabilisierung der AHV muss absolute Priorität haben, um die Leistungen auch für künftige Generationen zu garantieren.»

Jeremy Borel, Vize-Präsident der Jungen GLP Schweiz, sprach zum Abschluss über mögliche sinnvollere Lösungen. «Ein Teil der Pensionierten sollte tatsächlich mehr Geld erhalten, aber nicht alle. Eine 13. AHV-Rente für Pensionierte, die sie nicht benötigen, ist nicht gerechtfertigt. Es gibt kostengünstigere Alternativen mit gezielten Verbesserungsmaßnahmen. So wurde kürzlich im Nationalrat eine Motion angenommen, die den Bundesrat auffordert, die AHV-Rentenformel so zu verbessern, dass bedürftige Pensionierte eine Rentenerhöhung erhalten.» Die Allianz der Jungparteien spricht sich für gezielte Lösungen aus und lehnt die teure und unausgewogene Initiative für eine 13. AHV-Rente auf dem Buckel der Jungen klar ab!

Es gilt das gesprochene Wort.

MATTHIAS MÜLLER, PRÄSIDENT JUNGFREISINNIGE SCHWEIZ

Der 3. März 2024 ist der AHV-Abstimmungstag. Wie Sie wissen, kämpfen wir Jungfreisinnige an vorderster Front für unsere Renteninitiative. Diese will die AHV nachhaltig sichern. Wir stimmen aber auch über die Initiative für eine 13. AHV-Rente ab. Diese Initiative ist das pure Gegenteil der Renteninitiative. Deshalb bekämpfen wir sie vehement. Sie ist nämlich nicht nur sozialpolitischer Stuss, sondern vor allem ungerecht gegenüber den Jungen.

Es wurde ja schon einiges zur Initiative geschrieben. Und die politische Debatte hat begonnen. Es ist meines Erachtens aber ungeheuerlich, mit welcher abstrusen Zahlen bzw. verkürzten Darstellungen die Gewerkschaften die Bevölkerung in die Irre führen will.

Ich stütze mich im Folgenden auf die Zahlen des Bundesamtes für Sozialversicherungen bzw. Statistik. Und diese Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die positiven Effekte der AHV-21 klingen ab dem Jahre 2029 bereits dramatisch ab. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente giesst hier zusätzliches Öl ins Feuer. Ja, sie fährt die AHV an die Wand!

Mit der 13. AHV-Rente kippt das Umlageergebnis nicht 2029, sondern bereits 2026 ins Negative. Danach werden laut den Prognosen jedes Jahr Milliardendefizite geschrieben. Der Bund schätzt bis 2050 mit einer Finanzierungslücke von sage und schreibe 200 Milliarden. Es sind die jüngeren Generationen, die diese Schuldenberge auf ihren Schultern zu tragen hätten.

Nun ist es aber so: Die AHV basiert auf einem Vertrag zwischen den Generationen. Die Erwerbstätigen finanzieren die Rentner, die wiederum von den Erwerbstätigen finanziert werden, wenn sie dereinst in Rente gehen. Nun haben die demografischen Veränderungen unserer Zeit das Gleichgewicht des 1948 eingeführten AHV-Systems gekippt. Während bei der Einführung der AHV 1948 rund sechs Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, kommen heute nur noch drei Erwerbstätige auf einen Rentner, und die demografischen Prognosen gehen davon aus, dass es 2050 nur noch zwei sein werden.

Gleichzeitig leben die Menschen dank der steigenden Lebenserwartung immer länger, nachdem sie in Rente gegangen sind, und beziehen daher über einen längeren Zeitraum Renten. Während ein Mann früher etwa 12 Jahre nach seiner Pensionierung lebte, sind es heute 20 Jahre.

Der demografische Wandel stellt die AHV auf eine harte Probe. Die Finanzierung der AHV ist schon heute arg in Gefahr. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger.

Wer die Mehrkosten bezahlen muss, ist genauso klar wie unklar. Die Initianten hüllen sich in Schweigen, was die Finanzierung angeht. Das ist im Grunde genommen ein weiterer Skandal: Es geht nicht, dass Initianten Gelder versprechen, die wir nicht haben. Die gigantische Finanzierung, die erforderlich ist, hätte man ebenfalls zur Abstimmung bringen müssen! Weshalb haben die Initianten das nicht gemacht? Dazu kann ich nur sagen: «Honi soit qui mal y pense.»

Klar ist: Es wird entweder eine Mehrwertsteuererhöhung geben, oder aber die Lohnbeiträge werden erhöht. Beides ist für die Jungen die Höchststrafe. Nehmen wir das Beispiel der Mehrwertsteuer: Mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente müsste die MWST langfristig um über 3 Prozentpunkte erhöht werden. Das ist unfair gegenüber Familien und Jungen, die das ein Leben lang auf jeden Einkauf bezahlen müssen. Es ist im Übrigen auch unredlich seitens der Initianten: Rot-Grün tobte, weil man wegen der AHV die MWST um 0.4%-Punkte erhöhen musste. Von Kaufkraftverlust war die Rede. Wegen 13. AHV-Rente müsste die MWST um ein Vielfaches erhöht werden.

Kurzum, wobei es bei der Initiative für eine 13. AHV-Rente geht: um mehr Umverteilung, mehr Schulden, mehr Steuern. Wir Jungen sagen dazu beherzt: Nein Danke!

Es gilt das gesprochene Wort.

MARC RÜDISÜLI, PRÄSIDENT DIE JUNGE MITTE

Für einen Teil der Pensionierten ist der Betrag ihrer Renten aus allen drei Säulen zu knapp, um sich einen anständigen, verdienten Lebensstandard garantieren zu können. Forderungen nach einer Verbesserung der AHV-Leistungen sind daher nachvollziehbar. Wer viele Jahre gearbeitet und/oder Care-Arbeit geleistet hat, verdient eine angemessene Rente. Hier braucht es gezielte Lösungen. Eine Erhöhung der AHV-Renten für alle Pensionierten um den Betrag einer monatlichen Rente, unabhängig von deren tatsächlichem Bedarf, ist jedoch angesichts der finanziellen Lage der AHV gegenüber künftigen Generationen nicht verantwortungsvoll.

Denn viele Rentnerinnen und Rentner stehen finanziell auch gut bis sehr gut da - und die Initiative würde diese Personen am meisten begünstigen. Bei Annahme der Initiative bekämen alle Pensionierten eine 13. Monatsrente. Allerdings nicht alle gleich viel, sondern jeweils identisch mit den anderen zwölf Monatsrenten. Das bedeutet, jemand mit einer Maximalrente von 2450 Franken würde entsprechend mehr profitieren als jemand mit einer Minimalrente, der nur 1225 Franken erhielte. Es würden also vor allem diejenigen profitieren, die gar nicht auf das zusätzliche Geld angewiesen sind. Das kann doch nicht das Ziel sein. Die Initiative ist teuer, ungezielt und unausgewogen. Zahlen müssten die jungen Familien, die Erwerbstätigen, der Mittelstand. Wieso sollen die jungen Familien dem Millionär eine 13. AHV-Rente finanzieren? Wir brauchen keine Verteilung zusätzlicher AHV-Gelder nach dem Giesskannenprinzip.

Was wir brauchen, sind gezielte Verbesserungsmassnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz im Alter. Was wir nicht brauchen, ist eine Verteilung zusätzlicher AHV-Gelder nach dem Giesskannenprinzip, da dies die finanzielle Situation der ersten Säule weiter verschlechtern und den Generationenvertrag noch stärker gefährden würde. Was wir brauchen, ist ein langfristiger Blick - insbesondere bei der Altersvorsorge -, der auch die nächsten Generationen einbezieht. Was wir nicht brauchen, ist ein hoher Schuldenberg, den kommende Generationen übernehmen müssen.

Geld auszugeben fällt bekanntlich oft leichter als langfristig zu denken und zu sparen. Das gilt auch in der Politik. Man muss in der Politik ehrlich sein und wenn man einen Ausbau befürwortet, muss man auch gleichzeitig aufzeigen, wie man diesen finanzieren will. Dazu sagen die Befürworter:innen der Initiative nichts. Jetzt etwas zu beschliessen und dann in ein paar Jahren zu merken, dass das Geld nicht reicht, ist keine vorausschauende, keine ehrliche und keine generationengerechte Politik. Die Gefahr ist gross, dass dann besonders die Jungen zusätzlich belastet werden. Der Generationenvertrag steht sowieso schon auf der Kippe. Wollen wir ihn an die Wand fahren? Investieren wir das Geld doch lieber gezielt dort, wo es wirklich nötig ist, und stellen sicher, dass auch noch für die Pensionierten der Zukunft genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Es gilt das gesprochene Wort.

DIEGO BARATTI, PRÄSIDENT JUNGE SVP TESSIN

Seit zwei Jahrzehnten steht die AHV regelmässig im Zentrum der politischen Diskussion in unserem Land. Es ist kein Geheimnis, dass unser Vorsorgesystem an seine Grenzen stösst und dass es neue Reformen braucht, um mittel- und langfristig tragfähig zu bleiben. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente gehört jedoch nicht dazu. Die Initiative ist ganz einfach: Sie sieht eine Erhöhung der AHV-Renten um 8,3 Prozent für alle Rentnerinnen und Rentner vor. Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt: Auch wenn der Titel der Initiative nach einem anständigen Minimum für all jene klingt, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben, würde die Annahme zu Mehrkosten für den Staat von 4,2 Milliarden Franken bereits im Jahr 2026 und zu einem Schuldenberg von insgesamt 115 Milliarden Franken bis 2050 führen.

Die Schweizer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter geben aber wie immer keinen Hinweis darauf, wie diese auf den ersten Blick vielleicht für das eigene Portemonnaie attraktive Milliardenausgabe finanziert werden soll. Sie machen keine Angaben, weil sie wissen, dass diese Initiative, wenn sie die Wahrheit sagen würden, nie das Licht der Welt erblicken würde. Und was ist diese Wahrheit, die die Gewerkschaften vor uns verbergen wollen? Dass wir alle, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und insbesondere die junge Generation und die Familien, die Zeche zahlen werden. Denn der Staat muss diese Milliarden zur Finanzierung der 13. AHV irgendwoher nehmen, und das kann er nur aus den Taschen der Bürgerinnen und Bürger.

Da die Kosten für den Ausbau der AHV mit den bestehenden Einnahmen nicht gedeckt werden können, sind Erhöhungen der Mehrwertsteuersätze (wie bereits in der Vergangenheit geschehen) oder Lohnabzüge geplant. Die Preise für Lebensmittel, Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten würden steigen, so dass am Ende des Monats weniger Geld im Portemonnaie der Schweizerinnen und Schweizer bleibt, die ohnehin schon mit steigenden Kosten zu kämpfen haben. Die Initiative würde die ohnehin schon gebeutelte Mittelschicht und junge Menschen am härtesten treffen und wäre zudem ungerecht, da sie vor allem denjenigen zugute käme, die bereits hohe Renten beziehen.

Für einen Universitätsabsolventen wie mich mit einem Durchschnittslohn von 6'000 Franken pro Monat würde die Finanzierung der 13. AHV beispielsweise Mehrausgaben von mindestens 354 Franken pro Jahr bedeuten. Das entspricht der Bezahlung einer zweiten Serafe-Gebühr mit einer Pizza im Restaurant al Sole in Ascona oder den Jahresabonnements von Netflix, Amazon Prime und Disney+ zusammen. Auf ein ganzes Arbeitsleben gerechnet sind das rund 20'000 CHF, eine schöne Summe, die in die dritte Säule hätte investiert werden können!

Aber die höchsten Kosten, die unsere Generation zu zahlen riskiert, sind die, dass die AHV ganz verschwindet, und nein, das ist keine unbegründete Behauptung! Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt rapide an, und die Einführung einer 13. AHV-Rente würde die ohnehin schon kritische Finanzlage der AHV weiter verschlechtern, mit gravierenden Folgen für die jüngeren Generationen. Denn mit der Ankunft der Babyboomer, die während des demografischen Booms geboren wurden, werden in den nächsten 10 Jahren rund 500'000 Personen das Rentenalter erreichen und aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden.

Dies wird zu einer raschen Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Rentnern führen, da das System nicht in der Lage ist, sich an den demografischen Wandel und die steigende Lebenserwartung anzupassen.

Die AHV, die im Umlageverfahren finanziert wird, dürfte daher bald in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten geraten. Da die Zahl der Rentnerinnen und Rentner stetig zunimmt, wird die Finanzierung nur noch einige Jahre lang ausreichen. Gemäss Schätzungen der Regierung wird ab 2030 mehr Geld in die AHV-Renten einbezahlt werden müssen, als durch Beiträge eingenommen wird, wobei die Verschuldung jährlich um Milliardenbeträge wächst. Mit der Einführung der 13. AHV-Rente würde sich das Problem weiter verschärfen und die Last, das künftige Finanzloch zu stopfen, den jüngeren Generationen aufgebürdet. Heute unterstützen Bund und Kantone die Rentnerinnen und Rentner mit der AHV und den Ergänzungsleistungen. Eine geforderte Rentenerhöhung würde zu höheren Kosten und Lohnabzügen führen, die vor allem den Mittelstand treffen würden. Am Ende erhält man mehr Rente, nur weil man früher im Erwerbsleben mehr einzahlt, und der Nettonutzen für die Arbeitnehmer ist gleich Null.

Fazit: Die Gewerkschaften fordern eine 13. AHV-Rente, doch die damit verbundenen Kosten wären enorm und würden vollumfänglich auf den Schultern der künftigen Generationen lasten. Bereits 2026 wäre die AHV um rund 2 Milliarden Franken unterfinanziert, und 2030 würde das jährliche Defizit die 5-Milliarden-Franken-Grenze überschreiten. Die jungen Menschen im erwerbsfähigen Alter werden schon bald auch ohne den geforderten Ausbau der Renten eine gigantische Schuld abtragen müssen. Angesichts der demografischen Entwicklung muss die Stabilisierung der AHV zur absoluten Priorität werden, um die Leistungen auch für künftige Generationen zu garantieren, und zwar mit weitsichtigen und dynamischen Reformen und nicht mit sensationslüsternen linken Parolen, denen ich entgegenstehe: Keine 13. AHV-Rente auf dem Rücken der Jungen!

Es gilt das gesprochene Wort.

JEREMY BOREL, VIZEPRÄSIDENT JUNGE GLP SCHWEIZ

Il y a ce principe politique simple, partagé par la gauche comme le centre et la droite modérée, qui consiste à dire « À chacun ses besoins ». Il signifie que le rôle de l'Etat, entre autres considérations, est d'assurer que chacun se voit garantir le minimum de ressources pour subvenir à ses besoins. C'est le principe de notre système social – de tout système social, je dirais – et c'est ce qui, en somme, anime les syndicats qui ont lancé cette initiative. Ce souci, en l'occurrence, d'assurer les moyens de subsistance des retraités.

Pourtant, la modification constitutionnelle sur laquelle nous devons, en tant que citoyen suisse, voter le 3 mars prochain ne satisfait pas tout à fait ce principe. Pour éviter la précarisation continue des retraités les plus paupérisés, nos adversaires nous proposent un texte qui verrait l'ensemble des retraités recevoir cette 13ème rente AVS. Nous, jeunes qui payons toute facture mais que le bien de nos aînés préoccupe tout de même, arguons qu'il existe des alternatives à cette politique simpliste de l'arrosoir. Certains des retraités actuels devraient effectivement recevoir davantage d'argent, oui, mais pas tous. Et certainement pas les retraités les plus aisés, dont la rente s'éloigne du plafond minimal. Comment, en effet, justifier une 13ème rente AVS à des personnes n'en ayant pas le besoin ? Comment qualifier un tel gaspillage provoqué par un égalitarisme bigot ? Un ami et collègue de parti qui étudie les sciences politiques me disait que le terme consacré était « socialisme pour les riches ». Je pense aimer la tournure. Mes préopinants vous ont déjà parlé des effets de cette politique-ci. L'important ici est de retenir qu'on peut trouver des alternatives moins dispendieuses et moins aux dépens des jeunes générations. Et d'ailleurs il y en a une qui a déjà été proposée.

Le Conseil national a adopté la motion Mettler le 14 décembre dernier. Celle-ci exige du Conseil fédéral que la formule du calcul des rentes AVS soit améliorée « de manière à y intégrer une composante plus favorable aux bas revenus ». Ainsi, c'est environ 1 milliard l'année que la Confédération pourrait débloquer en supplément pour aider les retraités les plus en difficulté. 5 fois moins cher, donc, que le coût d'une 13ème rente AVS, pour une plus grande utilité de chaque centime dépensé. Cette motion, pour rappel a été soutenue par tous les groupes à la chambre basse, aucun vote contre sur les 200 que compte le Conseil National. C'est ce qu'on appelle une alternative crédible. À la chambre haute, c'est la motion Rieder qui demande plus ou moins la même législation, avec les mêmes conditions. En somme une amélioration de notre système social vers plus de ciblage. En vous disant tout ceci, je me rends compte qu'on va plus loin que les alternatives possibles. On rentre dans le domaine des alternatives probables. La dynamique au Parlement, au vu des faits évoqués, nous rend effectivement optimiste sur la probabilité de cette politique d'équité.

Vous voyez ainsi que le choix que nous avons le 3 mars n'est pas un choix entre la volonté d'aider des personnes dans le besoin ou non. C'est plutôt le choix entre une politique strictement et bêtement égalitariste, et une politique de l'équité. « À chacun ses besoins ».